

Korporatismus am Ende?

Gewerkschaftliche Strategiediskussion: Trotz Defensiverfolgen ist Bündnis mit Regierung und Unternehmern keine Zukunftsstrategie.

Von Herbert Wulff, Frankfurt/Main

Seit etwa einem Jahr wird in der Zeitschrift Sozialismus intensiv über Situation und Zukunft der Gewerkschaften diskutiert. Ausgelöst hatte die Debatte der tiefste Wirtschaftseinbruch der bundesrepublikanischen Geschichte. Grundlegende Antworten und strategische Weichenstellungen schienen gefragt. Doch in den offiziellen DGB-Strukturen wurde darüber nur sehr kurzzeitig und oberflächlich diskutiert. Schnell konzentrierten sich die Gewerkschafts- und Betriebsratsspitzen darauf, im Rahmen eines Krisenkorporatismus mit Regierung und Kapital „gemeinsam gestärkt aus der Krise“ zu kommen. Linke Gewerkschaftsfunktionäre und ihnen nahestehende Wissenschaftler, die sich am Samstag in Frankfurt am Main versammelten um eine Zwischenbilanz der Diskussion zu ziehen, wollen sich damit nicht zufrieden geben.

Verheerende Bilanz

Jede ernsthafte Strategiedebatte beginnt mit einer schonungslosen Analyse. Diese nahm Sabine Reiner von der wirtschaftspolitischen Abteilung des ver.di-Bundesvorstands vor. Die von ihr dargestellten Fakten dokumentierten eine verheerende Bilanz der hiesigen Gewerkschaftspolitik in den vergangenen Jahren. So konnten die Beschäftigtenorganisationen nicht verhindern, dass es zu einer massiven Umverteilung zugunsten des Kapitals gekommen ist, was sich zum Beispiel im kontinuierlichen Rückgang der Lohnquote ausdrückt. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ging demnach zwischen 1993 und 2010 von 73 auf 66 Prozent zurück. Allein für die letzte Dekade errechnete Reiner eine Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten von insgesamt rund einer Billion Euro: Rund 700 Milliarden Euro durch den Rückgang der Erwerbseinkommen und weitere mehr als 300 Millionen Euro infolge staatlicher „Steuerreformen“. „Das ist nicht nur höchst ungerecht, es ist auch wirtschaftlich problematisch, da dies mit einem massiven Entzug an Binnennachfrage einhergeht“, kommentierte Reiner. Sie machte zudem auf die internationalen Auswirkungen dieser Entwicklung aufmerksam. Der deutsche Niedriglohnssektor sei mittlerweile der größte in Europa – noch vor dem Mutterland des Neoliberalismus Großbritannien. Und bei der Lohnentwicklung insgesamt liege Deutschland im europäischen Vergleich ganz hinten. Die wirtschaftlichen Probleme südeuropäischer Länder seien auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Ende des Korporatismus?

Hans-Jürgen Urban vom geschäftsführenden IG-Metall-Vorstand erklärte, es sei den Gewerkschaften in der Krise zwar gelungen, „einige bemerkenswerte Defensiverfolge zu erreichen“, wozu er u.a. die Verlängerung der Kurzarbeitsregelung und die von der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturprogramme zählte. Auch die in der IG Metall zuletzt festzustellende Stabilisierung der Mitgliederentwicklung sei positiv. „Die strukturellen Probleme der Gewerkschaften gehen aber viel tiefer.“ Trotz der vordergründigen Erfolge des Krisenkorporatismus – der die befürchteten Massenentlassungen begrenzte und den Gewerkschaften eine größere Anerkennung im Establishment bescherte – sei fraglich, ob dieses Modell für die Zukunft taugt. Zum einen wirkten „korporatistische Arrangements immer als Forderungsfilter“, offensive Lohnforderungen blieben bei

einem Bündnis mit Regierenden und Unternehmern schnell auf der Strecke. Zum anderen müsse man „die stille Aufkündigung des Bündnisses durch die Arbeitgeber zur Kenntnis nehmen“. Dies komme beispielsweise bei den heftigen Reaktionen der Kapitalvertreter auf die Forderung der IG Metall nach Gleichstellung der Leiharbeiter zum Ausdruck.

Urban plädierte dafür, das gewerkschaftliche Rollenverständnis im Spannungsfeld von Standortkonkurrenz und Interessenvertretung zu hinterfragen. Um aus der Defensive zu kommen, seien strategische Projekte nötig, die mobilisierungsfähig sind, einen Beitrag zur Stärkung der Organisationsmacht leisten und Ausstrahlungskraft über die Gewerkschaften hinaus besitzen. Eine Klammer könne hier die Forderung nach einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sein. Die in der IG Metall unter dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ geführte Debatte beinhaltet zumindest potenziell die Frage nach Alternativen zum Kapitalismus, wie mehrere Diskussionsteilnehmer betonten. Der Marburger Politikwissenschaftler Frank Deppe argumentierte in diesem Zusammenhang, die tiefe Krise habe die Grenzen des Kapitalismus aufgezeigt – was allerdings nicht mit dessen Zusammenbruch gleichgesetzt werden dürfe. Jeder Versuch der Krisenbewältigung rufe neue Turbulenzen hervor, wie aktuell die Staatsdefizite – eine Folge der Sozialisierung privater Verluste. „Wenn die Krise systemisch ist, dann müssen wir das System in Frage stellen“, forderte Deppe, der dafür warb, „Diskussionsräume für das Arbeiten an Alternativen“ zu schaffen. Eben das hätten die Gewerkschaften in der Krise versäumt, meinte der Jenaer Soziologe Klaus Dörre. „Sie haben es in dieser dramatischen Krisensituation nicht geschafft, die Systemfrage zu stellen.“

Exklusive Solidarität

Dörre argumentierte, die Krise habe einen „weitreichenden Funktionswandel der Gewerkschaften offenbart“. Sie seien immer weniger Repräsentant aller abhängig Beschäftigten. Stattdessen würden sie zunehmend zu lediglich defensiv agierenden Interessenvertretern der von ihnen organisierten Kernbelegschaften. Deren Arbeitsplätze würden teilweise mit Formen „exklusiver Solidarität“, also auf Kosten der Prekären und anderer Belegschaften gesichert. Hilde Wagner vom Tarifressort beim IG-Metall-Vorstand sprach in diesem Zusammenhang von einer realen Gefahr, daß sich die Gewerkschaften allein als Interessenvertreter der Stammbeschäftigten verstehen könnten. Aber es gebe auch andere Tendenzen. So praktiziere die IG Metall mit ihrer Kampagne zur Organisierung und Besserstellung von Leiharbeitern „inklusive Solidarität – und zwar nicht aus karitativen Gründen, sondern weil letztlich alle betroffen sind“.

Eine zentrale Rolle in der Diskussion spielte das „neue Regime in Europa“, das „zunehmend in nationalstaatliche Arrangements eingreift – und zwar extrem destruktiv“, so Urban. „Das ist zur Zeit der Kernkonflikt“, der nicht nur Griechenland, sondern letztlich alle Beschäftigten Europas betreffe. Auch in dieser Frage halten Urban und seine Mitstreiter die bisherige Gewerkschaftsdebatte für völlig unzureichend.